

DEUTSCHLAND

Kohl unterstützt Koch:
„Er traut sich“

HAMBURG. In der Diskussion um Jugendkriminalität hat sich Altkanzler Helmut Kohl (CDU) ausdrücklich hinter Hessens Ministerpräsidenten Roland Koch gestellt. Der Bild-Zeitung sagte Kohl, Koch zeige Mut und Stehvermögen. „Er gehört zu den Menschen, die dem Zeitgeist nicht hinterherlaufen. Er traut sich, für seine Überzeugungen einzustehen. Davor habe ich Respekt.“

Fasching und Holocaust

MÜNCHEN. Die Planungen für einen Faschingszug am Holocaust-Gedenktag am 27. Januar sorgen in München für Kritik. „Ein Umzug an diesem Tag bleibt ein Unterfangen, das an Sensibilitätsarmut kaum zu übertreffen ist“, erklärte der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden. Am 27. Januar wird der Opfer des Holocaust gedacht.

„Schäuble von der Rolle“

BERLIN. FDP und Grüne haben die Kritik von Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Bundesverfassungsgericht scharf gerügt. „Er ist völlig von der Rolle“, sagte Claudia Roth von den Grünen. Schäuble hatte sich eine Einmischung des Gerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier bei der Formulierung des Luftsicherheitsgesetzes verbeten. dpa

EUROPA

Mastella verlässt Prodi:
Regierungskrise in Italien

ROM. Die kleine christdemokratische Partei des früheren italienischen Justizministers Clemente Mastella verlässt die mit knappster Mehrheit in Rom regierende Mitte-Links-Koalition.

Die von Mastella als unwiderruflich erklärte Entscheidung Mastellas stürzt die fragile, bisher aus neun Parteien bestehende Regierungskoalition in eine tiefe Krise.

Nationalist triumphiert



BELGRAD. Der Nationalist Tomislav Nikolic hat die erste Runde der Präsidentschaftswahlen in Serbien mit einem Rekordergebnis gewonnen. Der Führer der oppositionellen Radikalen habe 40 Prozent der Stimmen erzielt, berichtete die Wahlkommission. Staatschef Boris Tadic kam auf 35,4 Prozent. Am 3. Februar gibt es eine Stichwahl. Foto: dpa

Die Polen mögen Merkel

WARSAU. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist bei einer Meinungsumfrage in Polen zum ausländischen Politiker des Jahres gewählt worden. Sie lag mit 9 Prozent an der Spitze. Danach kamen der französische Präsident Nicolas Sarkozy mit 7 Prozent, US-Präsident George W. Bush mit 6 sowie Russlands Staatschef Wladimir Putin mit 4 Prozent.

Angebot für Geschiedene

MAILAND. Angesichts einer Zunahme an Ehescheidungen bemüht sich Italiens katholische Kirche um Annäherung an wiederverheiratete Geschiedene. Mailands Erzbischof Tettamanzi bat um Vergebung für die Ausgrenzung. Er forderte Geschiedene zur Teilnahme am Gottesdienst auf, obwohl sie von der Kommunion ausgeschlossen blieben.

Redaktion: Harald Likus

Thema des Tages SPD

Die einen murren, die anderen sind empört. Die Empfehlung Wolfgang Clements, die Partei nicht zu wählen, hat die SPD in Aufregung versetzt. Clement ist nun Außenseiter.



Wohin will die SPD? Die Braunschweiger Bundestags-Abgeordnete Carola Reimann zählt zu denen, die die Kritik des ehemaligen Minister Wolfgang Clement an Andrea Ypsilanti empörend finden. Fotos: Archiv/dpa

Carola Reimann fordert
Clements Parteiausschluss

Beck: Ignorieren statt Rauswerfen – SPD-Linker Larcher empfiehlt Linkspartei

Von unserem Korrespondenten Christian Kerl, Berlin

An der SPD-Basis herrscht Empörung über Wolfgang Clement und seinen Querschuss im hessischen Wahlkampf: „Die Mitglieder sind entsetzt, wie man sich so parteischädigend verhalten kann“, berichtete die Braunschweiger SPD-Unterbezirkschefin Carola Reimann. „Das muss Konsequenzen haben – ich erwarte ein Parteiausschlussverfahren.“

So wie Reimann äußerten sich gestern viele SPD-Politiker über Clement. Der hatte die hessische SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti wegen ihrer gleichzeitigen Ablehnung von Atomenergie

und neuen Kohlekraftwerken gerügt und von ihrer Wahl abgeraten. Doch die SPD verlassen muss er wohl dennoch nicht: Zumindest die Parteispitze hängt die Sache

„Da hat der Lobbyist eines großen Stromkonzerns gesprochen“

SPD-Chef Kurt Beck

nach erster Aufregung niedrig, will Clement ignorieren, statt ihn rauszuwerfen. Parteichef Kurt Beck sagte: „Wir haben das zur Kennt-

nis genommen, eingeordnet und abgeheftet.“ Was Clement sage, berühre in der Partei niemanden mehr. Beck fürchtet nicht nur lästige Debatten im Wahlkampf-Endspurt, wenn er zurückschlägt. Ein Parteiausschlussverfahren wäre auch langwierig und schwierig.

Clement, Ex-Bundeswirtschaftsminister und heute im Aufsichtsrat der RWE-Kraftwerkstochter RWE Power AG, wies den Lobbyisten-Vorwurf zurück: „Ich habe mich nach Abwägung der Interessen des Landes und der Partei geäußert.“

Derweil rät auch der frühere Sprecher der SPD-Linken, Detlev von Larcher, von der Wahl der SPD ab. Er ruft aber dazu auf, diesmal die Linkspartei zu wählen.

Rundfunkgebühr soll um 95 Cent steigen

Vorschlag: Ab nächstem Jahr 17,98 pro Monat – Länder signalisieren Zustimmung

BERLIN. Die Rundfunkgebühr soll zum 1. Januar 2009 von derzeit 17,03 Euro auf 17,98 Euro im Monat steigen. Diese Empfehlung hat die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten gestern in Berlin vorgelegt.

Die letzte Entscheidung liegt nun bei den Bundesländern, denen das Bundesverfassungsgericht jedoch enge Grenzen für eine Abweichung gezogen hat. Der Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, Ministerpräsident Kurt Beck (SPD),

sprach von einem Vorschlag, der keinen Streit hervorrufen werde: „Ich glaube, dass auf dieser Basis ein relativ unproblematischer Entscheidungsgang ablaufen wird“, sagte er.

Nach Angaben des Kommissions-Vorsitzenden Horst Bachmann gibt es für die nächste Gebührenperiode 2009 bis 2012 erheblichen zusätzlichen Finanzbedarf. Bei der ARD betrage er 944 Millionen Euro, beim ZDF 524 Millionen Euro und immerhin noch 43 Millionen Euro beim Deutschlandradio. Die ur-

sprünglichen Anmeldungen der Anstalten hätten eine Gebührenerhöhung von 1,50 Euro bedeutet, sagte Bachmann weiter. Die gegenwärtige Fernsehgebühr von 17,03 Euro gilt seit dem 1. April 2005 und noch bis Ende dieses Jahres.

Im September 2007 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Kürzung eines Vorschlags durch die Länder für verfassungswidrig. Nur in gut begründeten Ausnahmefällen dürfen die Länder von der Empfehlung abweichen. dpa

Vorwurf: Israel lässt Gaza im Dunkeln sitzen

Einziges Kraftwerk abgeschaltet – EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner kritisiert „Kollektivstrafe“

GAZA. Nach dem Abschalten des einzigen Kraftwerks im Gazastreifen sind nach palästinensischen Angaben etwa 800 000 Menschen von der Stromversorgung abgeschnitten. Besonders betroffen sind die Stadt Gaza und ihre Vororte, sagte der Leiter des Kraftwerks, Rafik Maliha.

Das Kraftwerk war am Vorabend wegen Treibstoffmangels abgeschaltet worden. Die Palästinenser werfen Israel vor, die Lieferungen seit Donnerstag durch die Blockade des Gazastreifens zu verhindern. Gestern Abend genehmigte Israel eine einmalige Lieferung von Dieselmotorkraftstoff, um das Werk wieder ans Netz zu bringen. Grundsätzlich verdächtigt die Regierung hingegen die radi-

kal-islamische Hamas, in dem von ihr kontrollierten Streifen künstlich eine Krise zu erzeugen. Drei Viertel des Strombedarfs seien durch Lieferungen aus israelischen Kraftwerken gedeckt. Die Hamas erhob den Vorwurf, durch die Stromabschaltung seien fünf Krankenhaus-Patienten gestorben.

Der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert erklärte, Israel werde eine humanitäre Krise im Gazastreifen nicht zulassen. Er betonte, es könne nicht sein, dass das Leben im Gazastreifen normal weitergehe, während militante Palästinenser das israelische Grenzge-

biet unter Feuer nähmen. Die Raketen-Angriffe müssten aufhören, dann werde die Blockade beendet.

Nach Angaben der israelischen Armee haben militante Palästinenser

WELT

Indien hilft Israel
bei Weltraum-Spionage

NEU DELHI. Die indische Weltraumorganisation hat gestern einen israelischen Spionage-Satelliten ins All transportiert. Wegen der ablehnenden Haltung Pakistans hatte Indien das Projekt geheimgehalten. Israel ist nach Russland Indiens wichtigster Lieferant von Rüstungsgütern. Indien verfolgt ein äußerst ambitioniertes Weltraum-Programm.

Gehorsame Kubaner

HAVANNA. Die Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung in Kuba ist erwartet hoch ausgefallen. Wie die amtliche Nachrichtenagentur berichtet, hatten schon eine Stunde vor Schließung der Wahllokale 95 Prozent der Wahlberechtigten mit ihrem „Voto Unido“ allen 614 Kandidaten auf einen Schlag ihre Zustimmung gegeben.

Mord statt Aussöhnung

KABUL. Radikal-islamische Rebellen haben den Provinzchef der Nationalen Aussöhnungskommission in der südafghanischen Region Sabul getötet. Kajum Mudschaddedi wurde verschleppt und erschossen, teilte die Provinzregierung mit. Die Kommission soll Taliban-Kämpfer, die sich von den Rebellen lossagen, in die Gesellschaft eingliedern. dpa

MENSCHEN

David Petraeus (55)

soll offenbar Nato-Oberkommandeur werden. Einem Bericht der „New York Times“ zufolge plant das US-Verteidigungsministerium, den bisherigen Befehlshaber der US-Truppen im Irak an die Spitze des Verteidigungs-Bündnisses zu befördern. „Er ist ein Kandidat für den Job, aber es gibt noch keine abschließende Entscheidung und noch keinen Zeitplan“, teilt dazu das Ministerium mit. Spekuliert wird, dass Petraeus im Sommer das Nato-Kommando im belgischen Mons übernimmt. Bisheriger Nato-Oberbefehlshaber ist John Craddock.



Marianne Bithler

wird heute 60 Jahre alt. Die Hüterin der Stasi-Akten kam als DDR-Bürgerrechtlerin zur Politik. Derzeit kämpft die Behördenchefin dafür, den speziellen Apparat zur Aufarbeitung der Papiere aus dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit mindestens bis 2019 zu erhalten. Nach einem Konzept von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) sollen die Stasi-Akten jedoch schon viel früher in den Bestand des Bundesarchivs eingehen. Fotos: dpa



„Das Leben geht nicht normal weiter, wenn Militante dauernd Israels Grenzgebiet beschießen“

Israels Premier Ehud Olmert

seit Jahresbeginn 590 Kassam-Raketen und Mörsergranaten in das israelische Grenzgebiet gefeuert. Der israelische Verteidigungsminister

Ehud Barak hatte am vergangenen Donnerstag die Schließung aller Grenzübergänge zwischen Israel und dem Gazastreifen angeordnet.

Die EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner forderte Israel gestern auf, die Blockade zu beenden und sprach von „Kollektivstrafe“. Auch der ägyptische Präsident Husni Mubarak forderte ein Ende der Blockade. Mubarak sprach mit Olmert und Barak. Gleichzeitig wurden Hunderte von zusätzlichen Grenzwächtern an die Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen geschickt. dpa

► LEITARTIKEL